

tualisierung und systematisches Interesse für frischen Wind in der Aufklärungsforschung.

Harald Bluhm

Volker Gerhardt, Reinhard Mehring, Henning Ottmann, Martyn P. Thompson, Barbara Zehnpfennig (Hrsg.). *Politisches Denken. Jahrbuch 2010*. Berlin. Duncker & Humblot 2010. 313 Seiten. 48,00 €.

Die Politische Theorie ist in die Defensive geraten. Sie gerät gegenüber anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft ins Hintertreffen. Ihr wird im Rahmen des Gesamtfaches nicht mehr der Platz eingeräumt, der ihr eigentlich von ihren Traditionen und ihrem Selbstverständnis her gebührt. An den Fachinstituten ist ihre Ausdünnung mit Händen zu greifen: eine, im Vergleich zum Ausland, „untypische Entwicklung“. Darin ist eingeschlossen natürlich sowohl die Politische Philosophie als Instanz des Wertens und Urteilens, als auch die Politische Ideengeschichte als Hauptproliferationsquelle der politikwissenschaftlichen (und politischen) Argumentationsführung im Hier und Jetzt. So in etwa hört sich der Tenor der sogenannten „Berliner Erklärung“ an, die von der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des politischen Denkens zu den Perspektiven der Politischen Theorie in Deutschland im Oktober 2009 verabschiedet worden ist und die im hier zu besprechenden Jahrbuch, dem Hausorgan der Gesellschaft, abgedruckt ist (127f.). Das ist auch die Tonalität, die die Beiträge von *Gesine Schwan* (11-19), *Julian Nida-Rümelin* (21-29 und 59-63), *Volker Gerhardt* (31-42) und *Clemens Kauffmann* (43-58) durchzieht, wenn sie ihren betrüb-

ten Blick auf diese nach ihrem Empfinden anstößige Konstellation werfen. Lediglich der Beitrag *Henning Ottmanns* über die Art und Weise, wie in Deutschland gegenwärtig Geschichte der politischen Ideen geschrieben wird, ist in dieser Hinsicht zurückhaltender, indem er vielmehr auf innovative Möglichkeiten der Statusverbesserung der politischen Ideengeschichtsschreibung verweist.

Wer sich bedrängt fühlt, sucht seine Stärken, mehr noch seine unabwiesbare Nützlichkeit hervorzuheben. Das lässt schon die „Erklärung“ erkennen, die in der Politischen Theorie weiterhin eine der zentralen Objektbereiche der Politikwissenschaft sieht; denn die Grundinteressen des Faches könnten nicht allumfassend in der Omnipotenz einer empirischen Sozialwissenschaft bestehen, die den Verlust der selbstreflexiven Dimension der Politikwissenschaft impliziert. So werden die Vorteile und der Nutzen der Politischen Theorie einschließlich ihrer philosophischen und historischen Verzweigungen im Jahrbuch in den Ausarbeitungen der Autoren zur Sprache gebracht.

Es handelt sich dabei um das Werturteil, um die faktische Kraft des Normativen und um die Prinzipien der Demokratie. *Gesine Schwan* zetert gegen das nivellierende technokratische Verständnis von Politik, dem zum Beispiel die Frage nach dem „guten Leben“ abhandeln gekommen sei, und das ohne orientierendes Bewusstsein auszukommen gedenke (11, 13). *Julian Nida-Rümelin* sieht in der Politischen Theorie – als „Nabelschnur“ zwischen Politikwissenschaft und Philosophie (25) – eine „spezifische Orientierungs-, Integrations- und Residualwissenschaft“ (ebd.), die eine historische, kulturelle, normative und analytische Dimension

aufweise (26f.). Die Kohäsion dieses Faches sei nicht über eine Methode erfolgt, sondern über ein Thema; das Fach sei mehr eine normative als eine empirische Disziplin (62). *Volker Gerhardt* reformuliert Churchills berühmtes Wort mit dem Satz: „Demokratie ist Politik in ihrer besten Verfassung.“ (33). Indem er die Wesensvoraussetzungen und -elemente der Demokratie in der Partizipation, der Repräsentation, der Konstitution und der Öffentlichkeit („als der Himmel über der Demokratie“, 41) festmacht und in seiner Beweisführung bis Herodot zurückgeht, liefert er ein beredtes Zeugnis des Wertes einer historisch verfahrenen Politischen Theorie. Die Offenheit der politischen Terminologie erscheint für *Clemens Kauffmann* als ein Wert an sich, der keineswegs die Nichtigkeit der Politischen Theorie erweise, wie es für eine Wissenschaftsauffassung den Anschein haben könnte, die auf *clarté* und Präzision pocht. Die Politische Theorie erhält die Aufgabe, Maßstäbe zur Überschreitung existentieller Antagonismen herauszuarbeiten und die Leistungsfähigkeit der Vernunft hervorzuheben (54). *Kauffmann* lässt überraschenderweise die kritische Theorie partiell wiederauferstehen, wenn er Horkheimers Sicht der Vermitteltlichkeit von Wissenschaft und Gesellschaft argumentativ ins Spiel bringt (50). *Henning Ottmann* hebt spezieller auf die politische Ideengeschichte ab, identifiziert mit Kosellecks Begriffsgeschichte, Joachim Ritters Programm einer Theorie der Geistesgeschichte, Leo Strauss' Vorstellung des „Zwischen-den-Zeilen-Schreibens“ (Esoterik vs. Exoterik in Lagen individueller Bedrohung von Leib und Leben) und des Kontextualismus der Cambridge-Schule (Skinner, Pocock) vier unter-

schiedliche methodologische Erkenntnisweisen zum Textverständnis historischer Konzepte und kritisiert ihre Schwachstellen, zum Beispiel den inhärenten Historismus der Cambridge School (71) oder den „Antikizismus“ der Strauss-Schule (72). Sehr richtig erscheint seine Feststellung, dass das Quellenmaterial der politischen Ideengeschichtsschreibung nicht allein in den philosophischen Texten der „Klassiker“ liegen darf, sondern in allen Zeugnissen, in welchen sich das Politische äußert (zum Beispiel in Bildern und Kunstwerken, 73). Damit subsumiert er die Zeitgeistforschung und genauer noch die politische Kulturforschung als Disziplin der Politischen Theorie.

Situationsberichte über die Politische Theorie in Italien (von *Fulvio Longato*, 77-94), Polen (*Andrzej Przylebski*, 95-105) und den USA (*Martyn P. Thompson*; 107-125) schließen sich an und beleuchten auf ähnliche Weise das jeweilige ambivalente Verhältnis zwischen – wie der Amerikaner *Thompson* sich ausgedrückt hat – „explanatory political theory“ und „hard“ political science (123). Insoweit erscheint die deutsche Situation gar nicht mehr so „untypisch“, wie unterstellt worden ist. Die Beiträge von *Walter Euchner* über Christoph Martin Wieland als politischen Denker (ein „Meister des Tentativen“, 219-244) sowie von *Henning Ottmann* über das „Antrum Platonicum“, einem Stich eines flämischen Künstlers aus dem Jahre 1604 („der Kunst und Philosophie, Philosophie und Christentum“ aufs Engste miteinander verbindet, 158) haben eine hervorgehobene Stellung infolge ihrer Kreativität bzw. ihres Ausblicks auf die politische Ideengeschichte.

Die Freunde der politischen Theorie, der politischen Philosophie und der politischen Ideengeschichte entrüsten sich – über die schleichende Ignoranz, die ihnen aus den Reihen des eigenen Faches entgegengebracht wird, über die Dekapitation oder, weniger martialisches, die Teilentmachtung ihrer großen Tradition. Sie üben Kritik daran. Aber geht einer Kritik, die sich an Unbotmäßigen von außen richtet, nicht eine immanente Kritik, gleichsam von innen heraus, voran? Sollten sich diese Repräsentanten nicht einmal befragen, warum es diese Reserviertheit gegenüber ihrem Sachgebiet gibt, warum diese Vorbehalte bestehen und sich diese Tendenz – so wird behauptet – auch in studienpraktischen, curricula- ren und personalpolitischen Maßnahmen nachteilig ausdrückt? Stimmt diese Selbstdiagnose überhaupt? Will man über anekdotische bzw. punktuelle Ereignisse hinausgelangen, so hätte man sich gerne eine empirische Untersuchung gewünscht, aus der hervorgeht, dass sich die Behauptung der Zurückdrängung der Politischen Theorie überhaupt verifizieren lässt. Erfahrungen aus Darmstadt und Frankfurt scheinen eher zu gegenteiligen Ergebnissen zu gelangen. Eine Umfrage unter Professoren der Politischen Theorie bzw. der Politischen Ideengeschichte in der „Zeitschrift für politische Theorie“ 2010 erweckt auch nicht gerade den Eindruck einer depressiven Befindlichkeit.

Hat folglich nicht die Feststellung einen gewissen Wahrheitsgehalt, wonach sich die Politische Theorie oft vom empirisch Verifizierbaren löst und es ignoriert, oder etwas konstatiert und (unbesehen ob wahr oder falsch) dann darüber ihre losgelösten Gedanken anstellt? Dass sie deshalb oft nicht eine

Theorie, sondern eher eine gut erklärte Meinung exponiert, Reflexivität zwar ins Spiel kommt, sie aber dadurch unterminiert, als es die Politische Theorie unterlässt, sich auf die Daten, auf die sie Anspruch erhebt, Bezug nimmt, darin eingeschlossen auch die jeweiligen spezifischen Bereichstheorien? Ansonsten würde sie zum reinen Überbaufaktor degenerieren, dem das materielle Substrat fehlt. Ein Beispiel wäre der Bereich der Internationalen Beziehungen, der durch die vielfältige Ausarbeitung einer Internationalen Politischen Theorie ein empirisches Substrat mit einer theoretischen Explikation bedenkt, um den gewandelten Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts Rechnung zu tragen. Ein weiteres aussagekräftiges Beispiel wäre die Frage um den *Cyber-War*, in welchem Viren oder Trojaner kritische Infrastrukturen attackieren. Das wirft zwei Fragen auf: nämlich die nach einer Neufassung der Theorie des Krieges bzw. der Theorie der Rechtsstaatlichkeit. Hier hat sich die Politische Theorie bislang von dannen gemacht und wundert sich, dass sie nicht mehr gesehen wird.

Arno Mohr

Guattari, Félix. *Die drei Ökologien. 2., vollständig überarbeitete Auflage*. Wien. Passagen Verlag 2012. 75 Seiten. 11,00 €.

Merci beaucoup. Die Schrift *Die drei Ökologien* des französischen Autors und Psychotherapeuten Félix Guattari gibt es nun in zweiter Auflage. Dank der sorgfältigen Überarbeitung von Gwendolin Engels liegt der Text damit in einer gelungenen deutschen Fassung vor. In dem kleinen Band geht es um Ökologie, um menschliche Subjektivität, soziale Beziehungen und Umwelt.